

Gefährdete Wohltätigkeit der Patrons

Unternehmer haben Milliarden von Franken in Wohlfahrtsfonds geüffnet. Doch die Patrons sehen diese Rücklagen für soziale Härtefälle durch übertriebene Vorschriften gefährdet.

Markus Brotschi
Bern

In patronalen Wohlfahrtsfonds lagert ein Vermögen: Auf 16 Milliarden Franken beziffert das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) die Summe, die darin angelegt ist. Dabei handelt es sich um Stiftungen mit sozialem Zweck, die von Unternehmen freiwillig gespeist wurden. Zwar dürfte der genannte Betrag zu hoch sein, weil darin auch das Kapital stillgelegter Pensionskassen oder Rentnerkassen enthalten ist.

Dennoch geht das Vermögen der Wohlfahrtsfonds in die Milliarden. Diese springen ein, wenn Firmenmitarbeiter, Pensionierte oder deren Angehörige in Notlagen geraten. Sie können beispielsweise vorzeitige Pensionierungen oder Sozialpläne bei Personalabbau finanzieren. Ebenso dienen die Gelder dazu, Lächer in Pensionskassen zu stopfen. Die Fonds übernehmen aber auch krankheits- oder invaliditätsbedingte Kosten, für die keine Sozialversicherung aufkommt: etwa für Zahnbehandlungen oder rollstuhlgängige Treppen.

Viele dieser Fonds wurden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet. In jüngerer Zeit kamen kaum mehr neue dazu, im Gegenteil: Zwischen 2000 und 2010 hat sich laut Bundesamt für Statistik die Zahl der Fonds fast halbiert. 2010 gab es noch gut 2600; aktuellere Zahlen sind nicht verfügbar. «Ich habe in den letzten 20 Jahren nur noch Liquidationen von Wohlfahrtsfonds erlebt», sagt Yolanda Müller, Anwältin und Vorstandsmitglied des Verbandes Patronfonds. Ein Grund liege in den gesetzlichen Auflagen, denen die Fonds unterstehen.

Zu viele Regeln für kleine Fonds

Das Parlament will zwar mit einer Gesetzesrevision erreichen, dass die patronalen Fonds administrativ entlastet werden. Allerdings drohe sich die Absicht ins Gegenteil zu verkehren, sagt Yolanda Müller. Verantwortlich seien Anträge des Bundesrates, die der Ständerat in die vom früheren FDP-Präsi-



Auch nach Unfällen können Betroffene Geld aus dem Wohlfahrtsfonds beantragen. Foto: Cecile Degremont (Keystone/Photonstop)

Vorläufer der Pensionskassen Patronale Wohlfahrtsfonds

Mit den patronalen Wohlfahrtsfonds nehmen Arbeitgeber ihre soziale Verantwortung wahr: Sie greifen nicht nur bei Einzelschicksalen wie Unfall oder Tod auf diese Reserven zurück, sondern auch bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens. Bedeutend waren sie vor allem ab der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zum Inkrafttreten des BVG im Jahre 1985, als die berufliche Vorsorge mehrheitlich auf Einrichtungen beruhte, welche Arbeitgeber freiwillig gegründet hatten. (TA)

den Fulvio Pelli initiierte Gesetzesrevision einbaute. Unter anderem beharrt der Bundesrat darauf, dass die Wohlfahrtsfonds die gleichen Standards zur Rechnungslegung einhalten müssen wie die obligatorische zweite Säule. Diese Regeln seien unverhältnismässig für die vielen kleinen Wohlfahrtsfonds mit weniger als einer Million Franken Vermögen, sagt Müller. Und die grossen Fonds würden ihre Bilanz ohnehin weiter nach dem Standard für Pensionskassen erstellen.

Eine weitere Hürde sehen die Fondsbetreiber im Gebot der «Gleichbehandlung» der Begünstigten sowie der «An-

gemessenheit» der Leistungen. FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger, Präsidentin des Verbandes Patronfonds, hält diese Regelung für widersinnig. Da kein Rechtsanspruch auf Unterstützung aus den Wohlfahrtsfonds bestehe, könne es eine absolute Gleichbehandlung aller Destinatäre nicht geben. Schneeberger will im Parlament nun einen Kompromiss erzielen, indem diese Gebote «sinngemäss» erfüllt werden müssen.

Angst vor US-Steuerbehörden

Der Bundesrat begründet die im Ständerat eingespeisten Regulierungen unter

anderem mit der Furcht vor den amerikanischen Steuerbehörden. Dabei verweist der Bundesrat auf das Fatca-Abkommen mit den USA. Darin werden schweizerische Finanzinstitutionen zum Informationsaustausch mit den US-Steuerbehörden verpflichtet. Das federführende Bundesamt für Sozialversicherungen beharrt auf der Anforderung «Gleichbehandlung» und «Angemessenheit», um missbräuchliche Geldauschüttungen aus den Wohlfahrtsfonds zu verhindern.

Das Parlament will erreichen, dass patronale Fonds entlastet werden. Die Absicht droht sich ins Gegenteil zu verkehren.

Für Patronfonds ist der Verweis des Bundesrates auf das Fatca-Abkommen allerdings nicht nachvollziehbar. Denn die Wohlfahrtsfonds seien im Abkommen mit den USA ebenso explizit von der Rapportierungspflicht ausgenommen wie Vorsorgeeinrichtungen der zweiten Säule, sagt Daniela Schneeberger. Patronfonds stützt sich auf ein Rechtsgutachten von Professor René Matteotti.

Besonders unglücklich findet Müller jedoch eine neue bundesrätliche Definition, die den Zweck der Wohlfahrtsfonds einschränkt. Demnach können diese nur bei Alter, Tod und Invalidität einspringen. Diese Definition sei zu eng gefasst, da heute auch Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Unfall geleistet werde, sagt Müller. Falls sich die Fonds künftig nicht an die eng gefasste Zweckbestimmung hielten, könnte dies die Steuerbehörden auf den Plan rufen. Dies würde definitiv das Ende der Wohlfahrtsfonds einläuten, befürchtet Müller. Heute sind die Fonds steuerbefreit.

Das Geschäft wird von National- und Ständerat in der kommenden Herbstsession definitiv bereinigt.

SVP-Nationalrätin kooperiert mit Scientologen

Die Nationalrätin Andrea Geissbühler präsidiert den Dachverband Drogenabstinenz Schweiz - und arbeitet mit Scientologen und VPM-Anhängern zusammen.

Hugo Stamm

Der Scientology-Ableger «Sag Nein zu Drogen» verteilte kürzlich im Bahnhof Bern einen Flyer mit dem Titel «Cannabis - Freizeitvergnügen oder gefährliche Droge?». Er lud zu einer kontradiktorschen Podiumsdiskussion, allerdings nicht zur eigenen, sondern zu jener des Dachverbandes Drogenabstinenz Schweiz. Gleichzeitig bekamen die Passantinnen und Passanten auch noch eine Broschüre des Vereins «Sag Nein zu Drogen» in die Hand gedrückt.

Es ist aussergewöhnlich, dass Scientologen Werbung für eine fremde Organisation betreiben, also für den Dachverband Drogenabstinenz. Die Erklärung findet sich in der Person von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler: Sie präsidiert den Dachverband, von dem der Scientology-Ableger Mitglied ist. Für die Scientologen ist dies ein Privileg, denn in aller Regel will keine Organisation mit ihnen etwas zu tun haben. Aus Furcht, unter Sektenverdacht zu geraten.

Die Haltung: Radikal

Solche Berührungsgänge kennen Andrea Geissbühler und die Verbandsmitglieder nicht; der Verband setzt sich vorwiegend aus Vereinen zusammen, die eine radikale christliche oder reaktionäre Schlagseite haben. Dazu gehört der Verein Jugend ohne Drogen. Er wurde 1994 von Anhängern der Psychosekte VPM initiiert und setzte sich für eine repressive Dro-

genpolitik ein. Er war für den VPM vor allem Vehikel, um sich bei Parteien und konservativen Politikern einzuschmeicheln. Die Rechnung ging auf: Die SVP übernahm weite Teile von dessen Drogenkonzept, und Exponenten von ihr traten dem Verein bei. Der Zürcher SVP-Nationalrat und Gesundheitspolitiker Toni Bortoluzzi etwa amtiert aktuell als Präsident des VPM-Ablegers.

Dem freikirchlichen Lager des Dachverbandes Drogenabstinenz Schweiz zuzurechnen ist weiter der Versicherer Pro Life, der sich aus religiösen Gründen gegen Abtreibungen wehrt. Versicherte, die auf Abtreibungen verzichten, profitieren von einer Prämienverbilligung.



Andrea Geissbühler
SVP-Nationalrätin

Das bekannteste Mitglied des Dachverbandes ist aber der Neue Rütlibund. Dieser kämpft seit 25 Jahren für die moralische Aufrüstung und gegen Abtreibungen und Drogen. Bekannt wurde er durch Aktionen und Strafanzeigen gegen Medien, Theater und Museen, die angeblich Gotteslästerungen begingen.

Auffällig sind die Verflechtungen mit der Anti-Drogen-Lobby. Die Vereinigung Eltern gegen Drogen, ebenfalls Mitglied des Dachverbandes, wird von Sabina Geissbühler-Strupler präsidiert, der Mutter von Andrea Geissbühler. Im Vorstand der Vereinigung sitzt mit Housi Knecht ausserdem ein Scientologe.

Trotz der radikalen Einstellung des Dachverbandes und seiner Mitglieder gelang es dem Verband, für die Veranstaltung in Bern hochkarätige Referenten zu gewinnen. So traten Professor Benno Schimmelmann, Direktor Universitäre Jugend-Psychiatrische Dienste Bern, und Peter Albrecht, Professor für Strafrecht der Universitäten Bern und Basel, auf. Zwar wurde die Podiumsdiskussion als kontradiktorsch angekündigt, doch Befürworter einer liberalen Drogenpolitik hatten einen schweren Stand, wie Besucher berichten. Ein Drogenfachmann sprach von unverantwortlichen, wissenschaftlich haarsträubenden und polemischen Statements von Mitgliedern des Dachverbandes. Die wenigen kritischen Fragesteller seien kaltgestellt worden.

Professor Schimmelmann antwortete dem TA: «Meine Rolle an der Veranstaltung war die eines Fachexperten für Kinder- und Jugendpsychiatrie, der versucht, eine differenzierte Diskussion zum Thema Cannabis-Legalisierung mitzugestalten. In dieser Rolle fühle ich mich nicht in Gefahr, in den Dunstkreis einer Sekte zu geraten.» Strafrechtsprofessor Peter Albrecht war nicht bereit, Fragen des TA zu beantworten.

Andrea Geissbühler sieht kein Problem darin, dass der Scientology-Ableger «Sag Nein zu Drogen» Mitglied ihres Dachverbandes ist. «Ich frage nicht danach, was Mitglieder glauben oder in welcher Organisation sie aktiv sind.» Relevant sei einzig, dass sie die drogenpolitischen Anliegen teilten und sich in diesem Sinn engagierten. «Ich habe in unserem Dachverband noch nie erlebt, dass Scientologen missioniert haben. Das würde ich nicht tolerieren», sagt sie. Auf den Hinweis, diese hätten Passanten den Flyer des Dachverbandes zusammen mit einer eigenen Broschüre abgegeben, antwortete sie, davon wisse sie nichts.

Schwulenverband zeigt Bischof an

Pink Cross will heute bei der Staatsanwaltschaft Graubünden Strafanzeige gegen den Bischof von Chur einreichen, wie der Verband gestern mitteilte. Er wird von der Lesbenorganisation LOS unterstützt. Das Bistum Chur hat für diese Woche eine weitere Stellungnahme des Bischofs in Aussicht gestellt.

Pink Cross und LOS werfen Vitus Huonder vor, öffentlich zu Verbrechen aufzurufen. Der Bischof hatte vor Wochenfrist in einem Vortrag in Deutschland zwei Stellen aus dem Buch Levitikus zitiert - darunter folgenden Vers: «Schläft einer mit einem Mann, wie man mit einer Frau schläft, dann haben sie eine Gräueltat begangen. Beide werden mit dem Tod bestraft.» Später relativierte Huonder seine Aussagen. Es handle sich um ein Missverständnis, das er bedaure. Er habe in keiner Weise homosexuelle Menschen herabsetzen wollen. Für Pink Cross hingegen spornt Huonder mit solchen Aussagen die Gläubigen indirekt dazu an, nach den Bibeltexten zu handeln.

Von Huonders Aussagen distanziert hat sich bereits der St. Galler Bischof Markus Bichel. In einem Brief an die Seelsorgenden in seinem Bistum schreibt er, Menschen und ihre Beziehungen dürften nicht auf die Sexualität reduziert werden. Und er setzt die umstrittenen Bibelzitate in einen geschichtlichen Zusammenhang: «Unser heutiges Wissen um die Homosexualität als Anlage und nicht frei gewählte sexuelle Orientierung war zur Zeit der Bibel gar nicht bekannt.» Zum Anteil homosexueller Amtsträger in der katholischen Kirche gibt es keine gesicherten Zahlen. Inoffizielle Schätzungen von Theologen gehen von einem Anteil von 20 bis 60 Prozent an Schwulen im Priesteramt aus. (SDA)

Nachrichten

Wahlen I Widmer-Schlumpf kritisiert dauernde Miesmacherei

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) zeigt sich besorgt wegen der zunehmenden Kompromisslosigkeit und Kritik an den Eckfeilern des Staates. Stets die eigene Haltung durchsetzen zu wollen, gehe im Konkordanzsystem nicht an, sagte sie im Interview mit der «Schweiz am Sonntag». Die Diskussionen gingen vermehrt Richtung permanente Miesmacherei. Sie lässt offen, ob sie die Wiederwahl als Bundesrätin anstrebt. Der Tessiner Nationalrat Fabio Regazzi schätzt in derselben Zeitung, dass an ihrer Stelle gehen ein Drittel der CVP-Fraktion eine SVP-Kandidatur unterstützen könnte. Die CVP wird bei den Wahlen das Zünglein an der Waage spielen. (SDA)

Wahlen II Eine neue Partei für den Tourismus

Die Schweiz hat eine neue Partei: In Chur ist am Samstag die Tourismus-Partei.CH gegründet worden. Sie will nicht eigene Vertreter nach Bern schicken, sondern angehende Parlamentsmitglieder unterstützen, die sich für den Tourismus engagieren. Der Fremdenverkehr sei mit einer Bruttowertschöpfung von 16,2 Milliarden Franken und gegen 170 000 Arbeitsplätzen ein bedeutender Wirtschaftszweig, schreibt sie. (SDA)

Eritrea Freisinnige wollen Konsulat schliessen

Die FDP verlangt die Schliessung des eritreischen Konsulats in Genf. Der Grund: Es stehe «unter dem starken Verdacht, dass es Steuern bei Eritreern in der Schweiz einzieht», sagte FDP-Präsident Philipp Müller der «SonntagsZeitung». (SDA)